

Marburg Macht Mit – Wie gelingt inklusive Bürger*innenbeteiligung?

Von Dr. Griet Newiger-Addy

Bürger*innenbeteiligung wird von immer mehr bundesdeutschen Kommunen als wichtiges Handlungsfeld entdeckt. Partizipation wird einerseits von Bürger*innen eingefordert. Andererseits sehen Mitarbeitende in den Verwaltungen zunehmend die Chancen, die sich durch Beteiligung eröffnen: Kommunale Planungen werden durch die Einbeziehung der betroffenen Einwohner*innen verbessert, Konflikte können dialogisch gelöst werden. Beteiligung soll zudem den demokratischen Zusammenhalt stärken und der zunehmenden Entfremdung von Teilen der Bevölkerung vom politischen System entgegenwirken.

**„in vielen Kommunen
werden ... digitale
Beteiligungsplattformen
geschaffen“**

Die aktuelle Neugestaltung der Partizipation auf kommunaler Ebene ist durch eine Institutionalisierung und eine Professionalisierung innerhalb der Verwaltungen gekennzeichnet. In vielen Kommunen werden Bürgerbeteiligungsbeauftragte bzw. Koordinierungsstellen oder Fachdienste für Bürger*innenbeteiligung eingerichtet und digitale Beteiligungsplattformen geschaffen. Gleichzeitig werden verstärkt Instrumente und Methoden wie zum Beispiel Bürgerbudgets, Zufallsauswahl, zielgruppengerechte Beteiligungskonzepte, professionelle Beteiligungsmethoden und kreative Ansätze bei der Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt und genutzt, um mehr Einwohner*innen zu erreichen und eine größere Beteiligungswirkung zu erzielen. Dadurch stehen Ressourcen und engagiertes Personal zur Verfügung, um unterschiedliche innovative Praktiken der Bürger*innenbeteiligung zu erproben und weiterzuentwickeln. Dabei geht es in der Beteiligungspraxis auf kommunaler Ebene weitgehend um informelle Prozesse jenseits der gesetzlich bestehenden Verpflichtungen zur



Bild: Das Logo „MARBURG MACHT MIT“ zeigt als türkisgrünen Hintergrund des Schriftzugs im oberen Drittel den Schattenriss mehrerer bekannter historischer Gebäude Marburgs auf einer Horizontalen. Eingebunden ist außerdem das Marburg-Logo mit Stadtwappen.
© Universitätsstadt Marburg

Öffentlichkeitsbeteiligung. Es handelt sich im Wesentlichen um freiwillige Formen der Beteiligung, weswegen Transparenz und klare Regeln umso wichtiger sind.

In der Universitätsstadt Marburg hat die Beteiligung von Bürger*innen an der Stadtpolitik eine lange Tradition. Seit vielen Jahren werden vielfältige und über gesetzliche Vorgaben weit hinausgehende Formen der Beteiligung genutzt. Beispielsweise wurde 1997 das städtische Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) eingerichtet und gilt inzwischen anderen Kommunen als Modell.

2018 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung auf Initiative des Oberbürgermeisters ein Konzept zur Beteiligung der Bür-

gerinnen und Bürger, das ein Leitbild, Ziele und Maßnahmen und Instrumente zu deren Umsetzung enthält.(1) Das wichtigste Ziel des Konzepts ist es, die demokratische Qualität von Beteiligung weiter zu verbessern. Noch mehr und noch unterschiedlichere Marburgerinnen und Marburger sollen an der Diskussion stadtpolitischer Belange mitwirken. Zudem sollten die vorhandenen Formate systematisiert und digitale Formen und moderne Kommunikationsmöglichkeiten in Beteiligungsverfahren integriert werden.

Wie funktioniert Bürger*innenbeteiligung in Marburg?

Das Leitbild der Bürger*innenbeteiligung in Marburg orientiert sich an Qualitätskriterien, die von einschlägigen Organisationen wie dem „Netzwerk Bürgerbeteiligung“ oder der Bertelsmann-Stiftung im Laufe der letzten Jahre entwickelt wurden. Ein wichtiges Element ist dabei Transparenz, z. B. durch eine frühzeitige Information über Vorhaben der Verwaltung. Dafür hat die Stadt auf ihrer Beteiligungsplattform MarburgMachtMit eine Vorhabenliste eingeführt, mit der über wichtige Vorhaben und die Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitig informiert wird.(2) Die Vorhabenliste wird regelmäßig aktualisiert.

„Dialog auf Augenhöhe“

Ebenso wichtig sind Beteiligungsprozesse, die gut geplant sind und einen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen. Für immer mehr Planungsprozesse werden von den Fachdiensten der Marburger Verwaltung Beteiligungskonzepte erstellt, zum Beispiel für den Wohnungsneubau im Marburger Westen, die Entwicklung des Zukunftskonzepts für die Oberstadt und die Entwicklung eines neuen Mobilitäts- und Verkehrskonzepts.(3) Ausgangspunkt ist dabei immer die Frage nach dem Ziel des jeweiligen Beteiligungsverfahrens.

Dadurch werden Beteiligungsprozesse klarer und verlässlicher. Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung werden von Anfang an deutlich gemacht. Moderne Methoden machen Beteiligungsveranstaltungen interessanter und ermöglichen wertvolle Begegnungen und tatsächliche Dialoge der Beteiligten. Außerdem zeichnet sich ab, dass gut konzipierte Beteiligungsprozesse weit über das eigentliche Kernanliegen der Beteiligung an einem bestimmten Thema hinaus Wirkungen in kommunalen Entscheidungsprozessen entfalten können, z. B. dadurch, dass Prozessabläufe frühzeitiger, transparenter, kooperativer und insgesamt offener gestaltet werden müssen.

Auf der neu geschaffenen digitalen Beteiligungsplattform www.marburgmachtmit.de werden alle Informationen zum Thema Bürger*innenbeteiligung gebündelt dargestellt. Außerdem gibt es Informationen zur Förderung des Freiwilligenengagements durch die Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf und die Stadtverwaltung sowie eine Engagementkarte, in der sich Vereine und Initiativen eintragen und vernetzen können. Zudem werden über die Plattform zeitlich befristete Online-Dialoge angeboten, bei denen Marburger*innen Fragen und Anregungen zu städtischen Planungen einbringen und kommentieren können.

Außerdem richtete die Stadt einen Beteiligungsbeirat ein, in dem elf zufällig ausgewählte Bürger*innen sowie Stadtverordnete und Verwaltungsmitarbeitende über Beteiligungskonzepte beraten. Schließlich wurde eine Koordinierungsstelle für Bürger*innenbeteiligung geschaffen, die 2020 in einen Fachdienst umgewandelt wurde.

Viele ansprechen und erreichen

Ein wichtiges Ziel der Weiterentwicklung der Partizipation in Marburg ist es, noch mehr

1 Das Konzept findet sich hier: https://static.werdenktwas.de/domain/63/fs/Dauerhafte_Beteiligung/27_6_2018_KonzeptBrgerInnenbeteiligung_finalbarrierefrei.pdf

2 Die Vorhabenliste findet sich hier: <https://marburgmachtmit.de/topic/>

[vorhabenliste#pageid=undefined&sort=random&status=show&attribute=random&title=&attribute936=&attribute956=](https://marburgmachtmit.de/vorhabenliste#pageid=undefined&sort=random&status=show&attribute=random&title=&attribute936=&attribute956=)

3 Ein Überblick findet sich hier: https://marburgmachtmit.de/page/beteiligung_jetzt

und noch unterschiedlichere Marburgerinnen und Marburger an stadtpolitischen Belangen zu beteiligen. Dazu werden vielfältige Ansätze erprobt. So wurden begleitend zu Beteiligungsveranstaltungen sehr unterschiedliche Befragungen durchgeführt, wobei die Methode durch das jeweilige Ziel der Beteiligung bestimmt wurde. Beispielsweise wurden beim Zukunftskonzept Oberstadt und dem Bewohnerparken jeweils alle Einwohner*innen bzw. Haushalte eines Stadtteiles angeschrieben und konnten sich per analogem oder digitalem Fragebogen beteiligen. An den Befragungen beteiligten sich jeweils ca. ein Fünftel der Angeschriebenen. Für das Mobilitäts- und Verkehrskonzept wurde eine Online-Befragung angeboten, die sich nicht nur an Menschen in Marburg, sondern auch an Pendler*innen im Umland richtete. Daran nahmen insgesamt ca. 3700 Interessierte teil. Methodisch ganz anders angelegt waren dagegen zwei Haustürbefragungen in einzelnen statistischen Bezirken in Wehrda und am Richtsberg zum Leben und Zusammenleben in den jeweiligen Stadtteilen. Hier ging es u.a. darum, auch Marburger*innen zu erreichen, die eine Einwanderungsgeschichte haben und von denen ein Teil nicht so gut deutsch spricht. Daher war ein Teil der für die Befragung eingesetzten Interviewer*innen mehrsprachig. Von den insgesamt 207 Teilnehmenden waren 118 im Ausland geboren und hatten also eine Einwanderungsgeschichte.

Neue Marburger*innen werden auch durch stadtteilbezogene Formate erreicht. So setzt der Fachdienst Bürger*innenbeteiligung das Pilotprojekt Stadtteilstifts um. Dabei werden vier Stadtteilen jeweils 5.000 Euro von der Universitätsstadt Marburg zur Verfügung gestellt, um Projekte von Bürgerinnen und Bürgern zu finanzieren. Jede*r Einwohner*in ab 14 Jahre mit Erst- oder Zweitwohnsitz in den jeweiligen Stadtteilen kann Projektideen für den Stadtteil entwickeln und dafür Projektanträge stellen. Damit sollen u.a. bürgerschaftliches Engagement, eine Belebung der Stadtteilkultur und eine Vernetzung im Stadtteil gefördert werden. Über die Projekt-

ideen und Anträge entscheidet in jedem Stadtteil eine Stadtteilstift. In der Stadtteilstift sind der Ortsbeirat, die Stadtteilstiftgemeinden und weitere Akteure im Stadtteil sowie zufällig ausgewählte Einwohner*innen vertreten.(4)

„Politik und Verwaltung zeigen, dass Einwohner*innen mit ihren Anliegen nicht allein gelassen werden ...“

Wiederum anders angelegt sind die Vorortdialoge, die im Rahmen des städtischen Handlungskonzepts „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“ umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um ein niedrigschwelliges Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters und der jeweiligen Ortsvorsteher*innen an die Einwohner*innen, die Fragen stellen und Anliegen einbringen können. Im Kern geht es darum, in einem ersten Schritt erst einmal zuzuhören und zu erfahren, wie es den Menschen in den Stadtteilen geht und was ihre Anliegen sind. In einem zweiten Schritt können dann Ortsbeiräte und Magistrat diese



Bild: Videospiele mit dem Oberbürgermeister bieten vor allem Jugendlichen eine Gelegenheit, mit dem Kommunalpolitiker ungezwungen über Stadtpolitik oder Wünsche zu chatten. Auf dem grünen Plakat sticht die Einladung „Let's play mit Tommy“ in großer Schrift hervor, verziert mit Piktogrammen in Orange aus dem Gaming-Umfeld. Plakat: Stadt Marburg

4 Zu finden: <https://marburgmachtmit.de/page/stadtteilstifts>

Anliegen aufgreifen und – wenn möglich – Lösungsvorschläge entwickeln. Politik und Verwaltung zeigen damit, dass Einwohner*innen mit ihren Anliegen nicht allein gelassen werden und dass die Mechanismen des demokratischen Systems in ihrem direkten Umfeld funktionieren.

Pandemiebedingt wurden die meisten Vorortdialoge als digitale Livestream-Veranstaltungen umgesetzt, bei denen Fragen und Anliegen per Chat oder telefonisch eingebracht werden konnten.⁽⁵⁾ Die Vorortdialoge wurden aufgezeichnet und sind dauerhaft im Internet abrufbar. Dadurch hat sich die Zahl derjenigen, die mit diesem Format erreicht werden konnten, erweitert, insbesondere, weil viele Interessierte sich im Nachhinein über die Veranstaltungen informierten. Beispielsweise waren in einem Stadtteil ca. 30 Menschen bei der Veranstaltung selbst zugeschaltet, einige Monate später hatten aber mehr als 400 Menschen die Veranstaltung als Video-on-Demand verfolgt. Einer der Vorortdialoge war als besonderes Format für Jugendliche gestaltet. Die Diskussion mit dem Oberbürgermeister wurde mit einem Gamification-Ansatz, nämlich einem gemeinsamen Computerspiel, verbunden. Das Ganze wurde natürlich digital übertragen und kommentiert.

Auch die zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit bei Beteiligungsverfahren wurde ausgeweitet. Bei jedem Beteiligungsverfahren werden Akteure und Zielgruppen analysiert, die erreicht werden sollen. Auf dieser Basis werden Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit ausgewählt, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Neben den üblichen Instrumenten der Pressearbeit werden zum Beispiel haushaltsabdeckend verteilte Flyer in einzelnen Stadtteilen, Social-Media-Kanäle der Stadt, Plakate in Bussen oder visuell auffällige Verteilaktionen auf öffentlichen Plätzen eingesetzt.

Inklusion mitdenken

Teil des inklusiven Ansatzes der Bürger*innenbeteiligung der Stadt Marburg – und der Stadtverwaltung insgesamt – ist es selbst-

verständlich auch, unterschiedliche Angebote für Menschen zu machen, die mit Beeinträchtigungen leben, und deren Perspektive mit zu berücksichtigen. Beispielsweise werden alle digitalen Angebote zur Beteiligung jeweils gesondert mit Blick auf ihre Barrierefreiheit / Barrierearmut für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung getestet. Bei allen Beteiligungsveranstaltungen stehen Mittel zur Verfügung, falls Teilnehmende eine besondere Unterstützung benötigen. Bei der Online-Beteiligung für einen barrierefreien Ausbau des Marburger Südbahnhofs, die gemeinsam mit dem betreffenden Fachdienst und der DB Station&Service AG umgesetzt wurde, wurden Informationen auch in Leichter Sprache angeboten. Bei Veranstaltungen, die im Netz abrufbar sind, werden seit neuestem Gebärdendolmetscher eingesetzt. Diese Ansätze sind ein Anfang und sollen nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden.

Zentrales Anliegen ist es aber auch, Inklusion immer in einem Zusammenhang zu denken und die Bedürfnisse und Anliegen unterschiedlicher Gruppen zusammenzudenken. Das Ziel ist es, möglichst viele gegenseitige Lernerfahrungen zu ermöglichen.

Sehr lehrreich und fruchtbar war daher das Projekt „Kommunalwahl 21 – Verstehen und Mitmachen“, das der Fachdienst Bürger*innenbeteiligung zusammen mit dem Fachdienst Soziale Leistungen, der Verantwortlichen für Behindertenfragen, dem Gleichberechtigungsreferat, der AG Leichte Sprache des Behindertenbeirates der Universitätsstadt Marburg und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen umsetzte. Wichtigster Projektpartner war das Projekt WirSprechenMit der Lebenshilfe. Das – inzwischen beendete – Projekt zielte darauf ab, die politische Beteiligung von Menschen mit Lernbeeinträchtigungen zu stärken.

Dafür wurden Beteiligungsformate für Menschen mit Lernbeeinträchtigungen umgesetzt, z.B. ein Treffen von Teilnehmenden des Projekts WirSprechenMit sowie zwei Schülern der Mosaikschule mit dem Oberbürgermeister der Stadt Marburg. Bei dem sorgfäl-

5 Zu finden: <https://yve.tv/vorortdialog>

tig vorbereiteten Treffen wurden Fragen gestellt und Anliegen eingebracht, z. B. zu Fragen der Barrierefreiheit, Leichter Sprache sowie zu den Themen Müll und Schulwege.

Die Zusammenarbeit bei dem Projekt führte einerseits dazu, dass alle Beteiligten wichtige Erfahrungen machen konnten mit Blick auf den Zugang zu politischer Beteiligung von Menschen mit Lernbeeinträchtigungen sowie guten Wegen der Ansprache. Andererseits lernte die Verwaltung viel über die Notwendigkeit, Bürger*innen verständlich zu informieren.

„... die Verwaltung [lernte] viel über die Notwendigkeit, Bürger*innen verständlich zu informieren.“

Dies ist eine Erfahrung, die letztlich vielen unterschiedlichen Gruppen zugutekommt. Wenn Sprache ein Hindernis ist, weil sie etwa zu umständlich ist oder zu viele Fachwörter nutzt, schließt dies Menschen aus. Untersuchungen zeigen, dass bis zu 40 Prozent der Bevölkerung Schwierigkeiten damit haben, mittelschwere Texte zu lesen und zu verstehen. Umso wichtiger ist es, dass Informationen der Verwaltung verständlich aufbereitet sind. Dabei ist eine unverständliche Sprache nicht nur für Menschen mit Lernbeeinträchtigungen eine Hürde. Sie kann auch eine Barriere darstellen für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, für Jugendliche oder für Menschen, die nicht gut lesen können. Diese Erkenntnisse halfen dann dabei, neben Flyern in Leichter Sprache auch Erklärvideos in einfacher Sprache zur Kommunalwahl im März 2021 und zu den Aufgaben der Kommunen zu erstellen. Dabei arbeiteten auch der Ausländerbeirat,

das Team des städtischen Wahlleiters und die Pressestelle der Universitätsstadt Marburg mit.⁽⁶⁾

Insgesamt ist die Gestaltung einer inklusiven Bürger*innenbeteiligung eine äußerst vielfältige Aufgabe und eine große Herausforderung – aber zugleich auch eine große Chance und eins der spannendsten Tätigkeitsfelder in einer kommunalen Verwaltung. Voraussetzung sind eine Kultur der Beteiligung in der Stadtgesellschaft und der Verwaltung sowie ausreichende Ressourcen für die Umsetzung einer inklusiven Beteiligung. Beide Voraussetzungen sind in der Universitätsstadt Marburg in hervorragender Weise gegeben.

Zur Autorin



Bild: Dr. Newiger-Addy wendet sich den Betrachtenden lächelnd zu und blickt uns direkt an. Über ihre Schulter fällt langes blondes Haar. Sie hat blaue Augen und trägt eine weiße Bluse mit großen schwarzen Punkten. Foto: privat

Die Politikwissenschaftlerin **Dr. Griet Newiger-Addy** leitet den Fachdienst Bürger*innenbeteiligung der Universitätsstadt Marburg. Während ihrer beruflichen Laufbahn hat sie sich u. a. mit Kinderrechten in der Entwicklungspolitik, lokaler Wirtschaftsförderung und Entwicklungskommunikation in Ghana sowie mit den Themen Regierungsführung, Partizipation und Förderung der Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Menschenrechten befasst. E-Mail: griet.newiger-addy@marburg-stadt.de

6 Zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=n1id4hWfEs4> und

<https://www.youtube.com/watch?v=NzOvNzAFuKE>